23. Dezember 1955

Verordnung über die Obliegenheiten der Regierungsstatthalter

Der Regierungsrat des Kantons Bern,
in Ausführung des Artikels 18 Absatz 2 des Gesetzes vom 3. September 1939 über die
Regierungsstatthalter [Aufgehoben; jetzt G vom 28. 3. 2006 über die Regierungsstatthalterinnen und
Regierungsstatthalter; BSG 152.321] (RStG),
beschliesst:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Vertretung der administrativen Gewalt

- 1 Der Regierungsstatthalter ist der Vertreter der administrativen Gewalt in seinem Amtsbezirk.
- 2 Er steht unter der Aufsicht des Regierungsrates und vermittelt in der Regel den Verkehr zwischen diesem und den Gemeinden.

Art. 2

Öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit

- 1 Der Regierungsstatthalter lässt sich durch die Polizeiorgane des Kantons und der Gemeinden [Fassung vom 17. 10. 2007] über Vorkommnisse, die geeignet sind, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Amtsbezirk zu stören, orientieren. Vorbehalten bleibt die Geheimhaltung gerichtlicher Voruntersuchungen; der Regierungsstatthalter wendet sich in diesen Fällen unmittelbar an den Richter, soweit er bestimmter Auskünfte bedarf.
- 2 Müssen Massnahmen zur Beseitigung oder Verhinderung von Störungen oder Gefährdungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit getroffen werden, so erteilt der Regierungsstatthalter den Polizeiorganen des Kantons und der Gemeinden [Fassung vom 17. 10. 2007] seines Amtsbezirkes die nach den Umständen erforderlichen Weisungen. Erscheint der Einsatz stärkerer Polizeikräfte nötig, so setzt er sich mit dem kantonalen Polizeikommando in Verbindung; gleichzeitig hat er den Regierungspräsidenten zu benachrichtigen (Art. 13 RStG).

Art. 3

Beratung der Bevölkerung

- 1 Der Regierungsstatthalter steht der Bevölkerung mit seinem Rat zur Seite (Art. 18 Abs. 1 RStG).
- 2 Er hat dabei darauf zu achten, dass er nicht in die Befugnisse anderer Behörden eingreift und nicht mit seinen Obliegenheiten als Organ der Verwaltungsrechtspflege in Konflikt gerät.
- 3 In Verwaltungsstreitsachen hat er einseitige Besuche der Parteien zur Besprechung der Streitsache (sogenanntes Berichten) abzulehnen (Art. 6 VRPG [Aufgehoben, jetzt G vom 23. 5. 1989 über die Verwaltungsrechtspflege; BSG 155.21]).

Art. 4

Tätigkeitsbericht

- 1 Der Regierungsstatthalter hat seinen jährlichen Tätigkeitsbericht jeweils bis Ende Februar des folgenden Jahres im Doppel und direktionsweise angeordnet der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion [Fassung vom 10. 11. 1993] einzureichen.
- 2 Der Bericht soll einen Überblick über die gesamte Amtstätigkeit und Wahrnehmungen von allgemeinem Interesse enthalten; insbesondere ist auf festgestellte Mängel, unnötige Umtriebe und dergleichen hinzuweisen in Verbindung mit allfälligen Vorschlägen zur Abhilfe.
- 3 Vorbehalten bleibt die Meldepflicht gemäss Artikel 10 Absatz 2 und 13 Absatz 3 des Gesetzes.

II. Aufsichtspflichten

Art. 5

Gemeindeverwaltungen

¹ Der Regierungsstatthalter führt die unmittelbare Aufsicht über die Gemeindeverwaltungen seines Amtsbezirkes.

² Er übt sie insbesondere aus:

- a durch periodische Inspektionen (Art. 11 V vom 5. April 1938 über die Gemeindereglemente und die staatliche Oberaufsicht über die Gemeindeverwaltung *[Aufgehoben, jetzt Gemeindeverordnung vom 16. 12. 1998; BSG 170.111]*);
- b im amtlichen Verkehr mit den Gemeinden;
- c bei der Prüfung von Gemeindereglementen und bei der Begutachtung von Gemeindebeschlüssen, die der Genehmigung durch den Regierungsrat bedürfen (Art. 57 Gemeindegesetz *[Aufgehoben, jetzt Gemeindegesetz vom 16. 3. 1998; BSG 170.11]*; Art. 5 ff. V vom 5. April 1938 *[Aufgehoben, jetzt Gemeindeverordnung vom 16. 12. 1998; BSG 170.111]*);
- d bei der Passation der Gemeinderechnungen (Art. 58 Gemeindegesetz *[Aufgehoben, jetzt Gemeindegesetz vom 16. 3. 1998; BSG 170.11]*);
- e bei der Beurteilung von Beschwerden gemäss Artikel 63 des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG *[BSG 155.21]*). *[Fassung vom 29. 10. 2008]*

Art. 6

Feststellung von Unregelmässigkeiten

¹ Stellt der Regierungsstatthalter Verletzungen von gesetzlichen oder reglementarischen Bestimmungen durch Gemeindebehörden oder -beamte oder Unregelmässigkeiten in der Gemeindeverwaltung fest, so sorgt er für Abhilfe. Ist er dazu nicht befugt oder liegt eine schwerwiegende Amtspflichtverletzung vor, so trifft er die nötigen vorläufigen Anordnungen und unterbreitet den Fall der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (Art. 60 Gemeindegesetz *[Aufgehoben, jetzt Gemeindegesetz vom 16. 3. 1998; BSG 170.11]*; Art. 12 RStG).

² Vorbehalten bleiben die dem Regierungsstatthalter in besondern Erlassen überbundenen Aufsichtspflichten (Zivilstandswesen, Feuerwehrwesen, Bezirksgefängnisse, Bezirksarchive, Gewässer usw.).

III. Verwaltungsverfahren

Art. 7

Verwaltungsverfügungen

Der Regierungsstatthalter erlässt Verfügungen, trifft Anordnungen und erteilt Bewilligungen im Rahmen seiner gesetzmässigen Befugnisse.

Art. 8 *[Fassung vom 29. 10. 2008]*

Verfahren

Für das Verfahren gelten die Bestimmungen des VRPG.

Art. 9

... *[Aufgehoben am 29. 10. 2008]*

Art. 10

... *[Aufgehoben am 29. 10. 2008]*

Art. 11

Entmündigung

¹ Liegt das eigene Begehren einer Person auf Entmündigung vor oder stellt die Vormundschaftsbehörde einen entsprechenden Antrag, so hat der Regierungsstatthalter die zu bevormundende Person dazu einzuvernehmen, sofern nicht zum vornherein feststeht, dass sie urteilsunfähig ist; bestehen hierüber Zweifel, so ist die Frage durch ärztlichen Bericht abzuklären.

² Die Entmündigung darf in allen Fällen nur ausgesprochen werden, wenn nachgewiesen ist, dass

gesetzliche Gründe vorhanden sind. Ist die entmündigende Person urteilsunfähig oder widersetzt sie sich der Bevormundung, so werden die Akten dem Gerichtspräsidenten zuhanden des Amtsgerichts überwiesen.

³ Die Entmündigungsgründe sind in der Verfügung anzuführen.

⁴ Die Veröffentlichung der Entmündigung hat die notwendigen Personalangaben, den Wohnort und die der Verfügung zugrunde liegende Gesetzesvorschrift zu enthalten; auf Wunsch ist beizufügen, dass die Entmündigung auf eigenes Begehren ausgesprochen wurde.

⁵ Der Regierungsstatthalter meldet ferner Anordnung auf Aufhebung der Vormundschaft über Erwachsene an das Zivilstandsamt des Heimatortes (Art. 132 Ziff. 4 V vom 1. Juni 1953 über das Zivilstandswesen [SR 211.112.1]).

Art. 12

Vormundschaftsbericht und Rechnungsablage

Der Passation durch den Regierungsstatthalter unterliegen der Bericht über die persönlichen Verhältnisse des Mündels und die Rechnung des Vormundes.

IV. Verwaltungsrechtspflege

Art. 13 [Fassung vom 29. 10. 2008]

Verfahren

Für das Verfahren in Verwaltungsrechtsstreitigkeiten gelten die Bestimmungen des VRPG.

V. Akten und Kosten

Art. 14

Aktenführung

¹ In Verwaltungssachen sind mehrseitige Akten ordnungsgemäss zusammenzufassen und gegebenenfalls mit einem Kostenverzeichnis zu versehen. In Verwaltungsrechtsstreitigkeiten ist in allen Fällen ein amtliches Aktenheft anzulegen und eine Kostenrechnung zu führen.

² Der Regierungsstatthalter hat dafür zu sorgen, dass die Akten gemäss den geltenden Vorschriften gestempelt werden (Gesetz vom 2. Mai 1880 über die Stempelabgabe [Aufgehoben durch Änderung vom 6. 2. 1980 des Steuergesetzes; BSG 661.11]).

Art. 15

Gebühren und Auslagen

¹ Der Regierungsstatthalter bezieht für seine Verrichtungen die tarifmässigen Gebühren (Tarif vom 1. März 1927 betreffend die Gebühren der Regierungsstatthalterämter [Aufgehoben jetzt V vom 22. 2. 1995 über die Gebühren der Kantonsverwaltung; BSG 154.21] und Spezialtarife).

² Die Auslagen sind dem Gebührenpflichtigen, in gebührenfreien Fällen demjenigen, der sie veranlasst hat, aufzuerlegen.

Art. 16

Kostenaufgabe in Verwaltungsrechtsstreitigkeiten

¹ Für die Kostenaufgabe in Verwaltungsrechtsstreitigkeiten machen die Artikel 39 und 40 VRPG [Aufgehoben, jetzt G vom 23. 5. 1989 über die Verwaltungsrechtspflege; BSG 155.21] Regel.

² In den als gebührenfrei erklärten Streitsachen sind die Auslagen von der unterliegenden Partei zu beziehen; ist das Verfahren nach Gesetz kostenlos, so trägt sie der Staat.

Art. 17

Kosteninkasso und Abschreibung

¹ Werden die Kosten nicht bezahlt, so werden die Akten der Amtsschaffnerei zum Inkasso überwiesen.

² Ist der Kostenpflichtige offenkundig nicht in der Lage, die Kosten zu bezahlen, so dürfen sie durch Verbal mit kurzer Begründung in den Akten abgeschrieben werden; die Akten sind alsdann der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion zur Genehmigung und zum Ersatz der Auslagen zu übermitteln.

Art. 18

Rechtshilfesuche

¹ Die Rechtshilfe für andere Verwaltungs- oder Verwaltungsjustizbehörden des Kantons erfolgt unentgeltlich; Auslagen sind der ersuchenden Behörde zu melden und nebst allfälligen Gebühren von dieser in ihre Kostenrechnung aufzunehmen.

² Von ausserkantonalen Behörden sind nur die Auslagen zurückzuverlangen; vorbehalten bleiben entgegenstehende Weisungen des Regierungsrates, wenn ein Kanton nicht Gegenrecht hält.

VI. Vollstreckung

Art. 19

Vollstreckungsanordnungen

¹ Der Regierungsstatthalter vollstreckt seine eigenen Verfügungen und Entscheide, wenn sie vollstreckbar geworden sind; rechtskräftige Entscheide und Anordnungen übergeordneter Verwaltungs- und Verwaltungsjustizbehörden vollstreckt er auf Anordnung dieser Behörden.

² Erfüllt das Verhalten des Pflichtigen nicht bereits den Tatbestand einer strafbaren Handlung, so ist von der Strafandrohung des Artikels 292 StGB [SR 311.0] (Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen) Gebrauch zu machen; die strafrechtliche Verfolgung geht, vorbehältlich dringender Fälle, der Vollstreckungsanordnung voraus.

³ Der Regierungsstatthalter trifft die nach den Umständen zweckdienlichen Vollstreckungsmassnahmen. Ordentlicherweise erfolgt die Vollstreckung nach fruchtloser Mahnung durch Ersatzvornahme auf Rechnung des Pflichtigen; die entstandenen Kosten werden gemäss Absatz 5 auf dem Wege der Schuldbetreibung eingetrieben.

⁴ Ist eine Ersatzvornahme nicht möglich oder nicht tunlich, so schreitet der Regierungsstatthalter zu Zwangsmassnahmen. Unnötige Gewaltanwendung oder Härte sind zu vermeiden; indirekter Zwang ist unstatthaft.

⁵ Vorbehalten bleiben die Vollstreckungsvorschriften in Sondergesetzen sowie die Bestimmungen über die Vollstreckung von Ansprüchen auf Geldzahlung oder Sicherheitsleistung (Art. 37 VRPG [Aufgehoben, jetzt G vom 23. 5. 1989 über die Verwaltungsrechtspflege; BSG 155.21]).

VII. Schlussbestimmungen

Art. 20

... [Aufgehoben am 26. 6. 2002]

Art. 21

Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1956 in Kraft.

² Auf diesen Zeitpunkt wird das Kreisschreiben vom 13. Dezember 1939 betreffend die Einführung des Gesetzes über die Regierungsstatthalter aufgehoben.

Bern, 23. Dezember 1955

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident: *Gafner*
Der Staatsschreiber: *Schneider*

Anhang

23.12.1955 V

GS 1955/106, in Kraft am 1. 1. 1956

Änderungen

10.11.1993 V

GS 1993/682, in Kraft am 1. 1. 1994

26.6.2002 V

über die Geschäftsleitung der Regierungstatthalterinnen und Regierungstatthalter, BAG 02–47 (Art. 18), in Kraft am 1. 10. 2002

17.10.2007 V

Polizeiverordnung, BAG 07–107 (Art. 17), in Kraft am 1. 1. 2008

29.10.2008 V

BAG 08–122, in Kraft am 1. 1. 2009